

Ungerechte Sozialleistungen: Warum arbeitende Familien verlieren!

OE24 berichtet über die Ungleichheit der Sozialleistungen in Österreich, die eine arbeitende Familie benachteiligt.



Wien, Österreich - In der aktuellen Debatte um die Gerechtigkeit im Sozialbereich in Österreich wird ein markanter Gegensatz zwischen den Sozialleistungen für Migranten und den Einkommen arbeitsamer Familien sichtbar. Eine syrische Familie mit sieben Kindern in Wien erhält durch die Mindestsicherung und ergänzende Zuschläge monatlich 9.000 Euro. Im Gegensatz dazu verdient die österreichische Familie Rami, die ebenfalls sieben Kinder hat und beide Elternteile als Lehrer arbeiten, trotz einer Arbeitszeit von 80 Stunden pro Woche gerade einmal 4.500 Euro netto. **oe24.at** berichtet, dass die syrische Familie zusätzlich Mietbeihilfen in Höhe von 995 Euro sowie Kinderzuschläge von 312 Euro pro Kind erhält. Carina Rami äußert Unverständnis über diese Unterschiede und fühlt sich bei

der Verteilung der Sozialleistungen benachteiligt.

Die Rami-Familie ist frustriert und fordert von der Regierung eine gerechtere Verteilung der sozialen Unterstützung, um sicherzustellen, dass die Anreize für die Erwerbsarbeit bestehen bleiben. Carina Rami warnt davor, dass die Diskrepanz zwischen Sozialhilfe und Einkommen aus Erwerbsarbeit langfristig dazu führen könnte, dass viele Menschen den Anreiz verlieren, einer regulären Beschäftigung nachzugehen. Es besteht die Angst, dass die Regierung nicht nur die Familienmitglieder im Arbeitsmarkt negativ beeinflusst, sondern auch das soziale Gefüge belastet.

Sozialleistungen im Vergleich

Die Debatte über die Unterschiede zwischen Sozialhilfe und Erwerbsarbeit wird nicht nur in Österreich, sondern auch in Deutschland geführt, wo das Bürgergeld, die Grundsicherung und die Sozialhilfe eine zentrale Rolle spielen. Das Bürgergeld richtet sich an erwerbsfähige Menschen und deren Angehörige, wobei die Anspruchsvoraussetzung die Fähigkeit ist, täglich mindestens drei Stunden zu arbeiten. Im Gegensatz dazu wird Sozialhilfe an Menschen in besonderen Lebenslagen gezahlt, deren Einkommen nicht ausreicht [buerger-geld.org](https://www.buerger-geld.org).

Das neue Sozialhilfe-Grundsatzgesetz, das in Österreich eingeführt wurde, legt Höchstsätze für die Sozialhilfe fest, womit eine klarere Berechnungsgrundlage geschaffen werden soll. Zum Beispiel beträgt die Mindestsicherung für Paare in Tirol rund 1.814 Euro, während sie in anderen Bundesländern bei etwa 1.693 Euro liegt. Die Leistungen werden dabei je nach Bundesland unterschiedlich geregelt, was zu weiteren Ungleichheiten führen kann. [sozialministerium.gv.at](https://www.sozialministerium.gv.at) beschreibt, dass die Maximalbeträge für Alleinlebende und Alleinerziehende im Jahr 2025 bei etwa 1.209 Euro liegen.

Geplante Reformen

Um den bestehenden Herausforderungen und der öffentlichen Debatte Rechnung zu tragen, plant die steirische Landesregierung die Einführung eines strengeren Modells für Sozialleistungen. Außerdem wird in Wien eine Evaluierung der Mindestsicherung angestrebt, um potenzielle Ungleichheiten abzubauen und die Verteilung gerechter zu gestalten. Unabhängig von den politischen Bestrebungen bleibt die Frustration unter den erwerbstätigen Familien hoch. Viele sehen die Notwendigkeit, eine echte Balance zwischen Sozialleistungen und dem Einkommen aus Erwerbsarbeit zu finden, um die soziale Gerechtigkeit in Österreich zu wahren.

Details	
Vorfall	Sonstiges
Ort	Wien, Österreich
Quellen	• www.oe24.at • www.buerger-geld.org • www.sozialministerium.gv.at

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at